

Faktencheck

Nichtwiederwahl als Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH

Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser Zusammenstellung ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.



Am Tag, als meine bevorstehende Nichtwiederwahl vom (Aufsichts)Rat an die Presse durchgestochen wurde und ich davon ausgehen musste, dass die Presse auch Kenntnis über Verleumdungen hatte, die mir als Gerüchte zugetragen worden waren, sah ich mich gezwungen, der Presse zuvor zu kommen und ein langes, differenziertes Interview zu geben, in dem ich u.a. meiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass auch Misogynie und Homophobie eine Rolle gespielt hatten.

Dieser eine Satz wurde am nächsten Tag zum Mittelpunkt der Berichterstattung des Soester Anzeigers und der Bürgermeister behauptete dort, dass sämtliche Beteiligte sich in der Vergangenheit um eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit mir bemüht hätten und ich diesen Pfad aber nun verlassen hätte.

Tatsächlich hat sich der Bürgermeister von Beginn meiner Amtszeit an nie um eine konstruktive Zusammenarbeit bemüht: Es gab kein Pressefoto zur Begrüßung, kein persönliches Kennenlernetreffen und Termine nur in großen Zeitabständen und fast immer in einem Setting, das keinerlei persönliche Kontakte zuließ. Heute weiß ich, dass er fieberhaft nach Belastendem suchte, mit dem er meine Abberufung, aber mindestens meine Nichtwiederwahl durchsetzen konnte. Aber trotz der

extremen Arbeitsbelastung, unter der ich arbeitete und der vielen Fäden, die bei mir zusammenliefen, machte ich keine Fehler und der Bürgermeister fand NICHTS! Da war er offenkundig bereit, Belastendes zu erfinden.

Hier nur 4 Beispiele:

Falsche Tatsachenbehauptung 1: Ich spräche mich nicht ab

Vor dem Hintergrund der Umbettung sowjetischer Kriegstoter, die bei der Sanierung der Adam-Kaserne gefunden wurden, ließ der Bürgermeister vortragen: Prof. Dr. Dobberstein „hat hier, ohne dies mit dem Bürgermeister der Stadt Soest abzustimmen, Kontakt mit der russischen Botschaft aufgenommen, was für die Bezirksregierung Arnberg nachvollziehbarer Anlass war, den Bürgermeister der Stadt Soest mit Schreiben vom 23.10.2018 an die Einhaltung des Dienstweges zu erinnern.“

Tatsächlich gibt es einen Email-Verkehr, der beweist, dass ich mitnichten ohne vorgängige Absprache mit dem Bürgermeister an die russische Botschaft herangetreten bin. Dass ich mit der russischen Botschaft kommunizierte, geschah gegen meinen erklärten Willen auf ausdrückliche Anweisung des Bürgermeisters, der dabei die gesetzlichen Zuständigkeiten und den Dienstweg ignorierte. Selbst nach der Beschwerde der Bezirksregierung durfte ich diese Aufgabe nicht abgeben. Auch das beweist der Emailverkehr.

Falsche Tatsachenbehauptung 2: Mein Umgangston mit Unternehmen und Institutionen sei unangemessen

Dieser Vorwurf wird begründet auf der Basis eines einzigen Zeitungsartikels über die Überlegung, ein privates Museum ins Dachgeschoss

zu verlagern, um seinen Fortbestand zu sichern.

Das in dem Zeitungsartikel suggerierte Interview hatte ich dem Soester Anzeiger tatsächlich allerdings nie gegeben, es war eine Erfindung des Soester Anzeigers, abgeleitet aus einem mehrseitigen, differenzierten Post, den der Soester Anzeiger unter Verletzung meines Urheberrechtes in einen reißerischen Artikel verwandelt und mir dabei zahlreiche falsche Zitate in den Mund gelegt hatte.

In einem weiteren Post unter dem inkriminierten Artikel beschwerte ich mich: "Bedauerlicher Weise legt der Soester Anzeiger mit immer wieder Formulierungen in den Mund, die nicht meinem Sprachduktus entsprechen." Und fügte den ursprünglichen Post, aus dem der Artikel unseriös abgeleitet war, noch einmal an.

Es war also öffentlich - und damit auch dem Bürgermeister und dem Aufsichtsrat bekannt - dass der unangemessene Umgangston, den mir die (Aufsichts)Ratsmitglieder unterstellten, tatsächlich die reißerische und proletenhafte Sprachdiktation war, die der Redakteur des Soester Anzeigers mir in den Mund gelegt hatte. Weder der Inhalt, noch der Tonfall des ursprünglichen Posts, aus dem der inkriminierte Artikel abgeleitet war, wurde vom Aufsichtsrat kritisiert. Und trotzdem wurde der daraus unseriös abgeleitete Zeitungsartikel im Rahmen der Nichtwiederwahlkampagne prominent gegen mich eingesetzt als einziger Beleg dafür, dass mein Umgangston mit Unternehmen und Institutionen unangemessen sei.

Falsche Tatsachenbehauptung 3: angeblich schlechte Mitarbeiter*innenführung

In den letzten Tagen/ Wochen vor dem Termin zu meiner Wiederwahl waren plötzlich überall Gerüchte darüber aufgepoppt, dass ich meine Mitarbeiter*innen vermeintlich schlecht behandelt hätte. Viele Aufsichtsrat- und Ratsmitglieder führten diese Gerüchte als Grund an, warum sie mich nicht wiederwählen wollten, enthielten mir deren Inhalt aber - angeblich zum Schutz der Mitarbeiter*innen - vor, weshalb ich mich dagegen nicht wehren konnte.

Diese Gerüchte lösten sich nach meiner Nichtwiederwahl schnell öffentlich in Luft auf:

„Überrascht war ich sicher bei einigen Gesprächen mit einzelnen Mitarbeitern über deren Befindlichkeiten. Das hatte ich aus der Entfernung anders vermutet,“

so der Kämmerer in seinem großen Antrittsinterview als mein Nachfolger.

Er hat also schnell herausgefunden, dass ich meine Mitarbeiter*innen nicht schlecht behandelt hatte.

Bemerkenswert ist, dass der Kämmerer, ein Vertrauter des Bürgermeisters und wohl deshalb von Beginn an ein selbst erklärter Gegner von mir, seine Erkenntnis, dass es keine schlechte Mitarbeiterbehandlung gegeben hatte, freiwillig und ungefragt sogar in die Presse getragen hat. Einen glaubhafteren Kronzeugen könnte ich nicht haben!

Falsche Tatsachenbehauptung 4: Meine Leistungsbilanz träfe nicht zu

Um eine solche Tatsachenbehauptung aufzustellen, hätte nachgewiesen werden müssen, dass ich die von mir aufgelisteten Leistungen nicht erbracht hatte.

Tatsächlich sind meine Leistungen objektiv anhand von Jahresabschlüssen, Aufsichtsratsprotokollen, Fertigstellungsdaten der Großprojekte, Kaufverträgen und Zeitungsberichten nachweisbar. Tatsächlich wird nicht einmal bestritten, dass ich die aufgeführten Leistungen erbracht habe.

Vorgetragen wird eine Relativierung meiner Leistungen und weitere falschen Tatsachenbehauptungen. Hier nur zwei Beispiele:

- der Erfolg bei der Revitalisierung der Adam-Kaserne beruhe auch auf dem niedrigen Ankaufspreis, den mein Vorgänger gegen die BImA durchgesetzt hätte.

Richtig ist, dass der Ankaufsverhandlungen auf der Basis einer Wirtschaftlichkeitsanalyse geführt wurden, die viele Fehler

enthielt. Insgesamt summierten sich diese Fehler auf mehr als 6 Mio. €, bei einem ursprünglich geschätzten Projektvolumen von 9,3 Mio. €.

Ich führte die Adam-Kaserne trotzdem zum Erfolg. Aber nicht wegen des Verhandlungsgeschicks meines Vorgängers in den Ankaufsverhandlungen, sondern trotz der vielen Fehler, die gemacht worden waren.

- der Markt sei ja auch gut gewesen.

Richtig ist, dass die Lage auf dem Immobilienmarkt gut war. Richtig ist aber auch, dass Projekte **nur** in guten Phasen umgesetzt werden können.

Die Leistung besteht darin, diese Phasen auszunutzen und die Chancen, die der Markt bietet, zu realisieren. Als ich mein Amt antrat, befand sich der Immobilienzyklus bereits am Beginn des 10. Jahres und ich befürchtete, dass der Boom bald zusammenbrechen würde. Vor diesem Hintergrund habe ich über weite Phasen an 7 Tagen die Woche vom Aufstehen bis zum Schlafengehen, weitgehend ohne Urlaub gearbeitet. 80-90 Stunden-Wochen waren die Regel.

So gelang es mir, den Wettlauf gegen die Zeit zu gewinnen: Die geplante Entwicklungszeit der Adam-Kaserne verkürzte ich von 7-10 Jahren auf nur 30 Monate. In den 42 Monaten meiner Amtszeit kaufte ich zudem Ackerflächen und entwickelte diese zu einem Gewerbe- und Industriegebiet. Und für eine innerstädtische Brachfläche entwickelten wir zusammen mit dem AAV ein Sanierungskonzept und führten mit dem Bauministerium einen städtebaulichen Wettbewerb durch. Und wengleich in diesem Geschäftsfeld keine Gewinne erzielt werden konnten, so ist die kostenneutrale Entwicklung doch eine unerwarteter und großer Erfolg.

Aber natürlich machen sich auch in einer guten Marktphase die Projekte nicht von alleine. Kaum ein anderes Projekt in Soest gewann den Wettlauf gegen die Zeit. Schon wenige Wochen nach dem

Zusammenbruch des Marktes im Sommer 2022 wurden einige Projekte endgültig abgesagt oder zumindest angehalten.

Meine Erfolge beruhten nicht auf bloßen windfall-Effekten, nicht auf der guten Vorarbeit meines Vorgängers und nicht nur auf meiner exzessiven Leistungsbereitschaft, sondern auch auf meinem Know-how, meiner Verhandlungs- und Kommunikationsstärke und meiner Bereitschaft, Verantwortung auch für risikoreiche Entscheidungen übernehmen.

Unter meiner Ägide stieg der Umsatz der WMS um mehr als das 6-fache - von regelmäßig gut 2 Mio. € vor meinem Amtsantritt auf zuletzt 15,6 Mio. €. Dabei wuchs nicht nur das Geschäftsfeld der Flächenentwicklung, sondern alle Geschäftsfelder. Neben dem Tagesgeschäft der Stadthalle, monatlicher innerstädtischer Großveranstaltungen, der Wirtschaftsförderung und der Vermietung und Verwaltung des Bahnhofes, entwickelte ich die drei genannten Großprojekte, setzte die Stadthalle im Sinne eine Change-Managements neu auf, initiierte und etablierte zwei neue innerstädtische Großveranstaltungen, erweiterte den für den Soester Einzelhandel und die Soester Gastronomie so wichtigen Weihnachtsmarkt um einen vierten Platz, vermiete zwei Einzelhandels- und Büroflächen im Bahnhofsgebäude, entwickelte eine Marke für regionale Lebensmittel und baute eigen genutzte Flächen in der Teichsmühle der Stadthalle um. Und trotz der Umsatzsteigerung um mehr als das 6-fache reduzierte ich die Zahl der Mitarbeiter von 25 auf 22. Meine vollständige Leistungsbilanz finden Sie [hier](#).

Faktencheck:

„Es gibt selbstverständlich etliche Frauen in Führungspositionen.“

so Dr. Eckhardt Ruthemeyer in seinem großen Interview zur Kommunalwahl im Soester Anzeiger vom 31.8.2020

Fakt ist:

Die erste und zweite Führungsebene in der Verwaltung und die Geschäftsführer in den Tochtergesellschaften sind fast ausnahmslos männlich und übrigens durchweg „bio“-deutsch.



Hier der Faktencheck:

1. Reihe

Verwaltungsvorstand:

- Dr. Eckhard Ruthemeyer
- Peter Wapelhorst (Wahlbeamter)
- Matthias Abel (Wahlbeamter)
- Meinhard Esser
- Jörg Radandt

Geschäftsführer Beteiligungen:

- Andre Dreißen, Stadtwerke
- Klaus Alexander, WohnBau Soest
- Timo Schirmer, Aquafun
- Sven Freytag, Klinikum
- N.N., WMS

2. Reihe: Abteilungsleiter Stadtverwaltung

- Dirk Mackenroth, KBS-Abteilungen Straßen, Gewässer, Grün sowie Straßenverwaltung, Gebühren, Beiträge
- Tobias Trompeter, KBS-Abt. Immobilienmanagement (K30)
- Stefan Meyer, KBS-AG. Bilanzen und Rechnungswesen (K41), KBS-Abt. Finanzen und Controlling (K40)
- Dr. Norbert Wex, Kultur
- Dirk Märte, Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Ratsbüro
- Jürgen Winkler, Jugend
- Uwe Hemmersbach, Soziales
- Olaf Steinbicker, Stadtentwicklung und Bauordnung
- Thomas Nübel, Bildung und Sport
- Gero Sliwa, Zentrale Dienste
- Stefan Meyer, Finanzen
- Ursula Gerke, Personal und Organisation

In einem Interview [Wir l\(i\)eben bunt](#) erläutert der Essener CDU-Bürgermeister Thomas Kufen, dass er "Diversity" zur Chefsache gemacht habe, weil er der Überzeugung sei, dass eine Kultur der Vielfalt ein Pluspunkt im Kampf um Einwohner*innen und Mitarbeiter*innen ist.

Ganz anders in Soest: "Soest ist und bleibt ein beschauliches Städtchen. Seine eingesessenen BürgerInnen und Bürger tun sich schwer mit Menschen, die aus den tradierten und verankerten Rollenbildern fallen. [...] Erfolgreiche, lesbische, feministische Frauen fallen aus diesen Rollenbildern und erzeugen damit manchmal Befremden", so ein Ratsmitglied als wir den Umgang mit uns einmal thematisierten.

Meine Äußerung, dass auch Homophobie und Misogynie eine Rolle bei meiner Nichtwiederwahl gespielt haben, habe ich zwar unter dem Druck der in die Öffentlichkeit gelangten Verleumdungen gemacht, diese Äußerungen waren aber trotzdem nicht leichtfertig und gut begründet. Tatsächlich haben über meine gesamte Amtszeit meine Lebensgefährtin und ich auch von (Aufsichts-)Ratsmitgliedern Homophobie in einem Ausmaß erfahren, das wir in den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts nicht mehr für möglich gehalten haben.

Während mich das Amt zunächst noch halbwegs schützte, musste meine Lebensgefährtin den Großteil dieser Homophobie tragen. Vor allem wurde versucht, sie unsichtbar zu machen.

Dabei wurde meine Lebensgefährtin von vielen Soester Kommunalpolitiker *innen entweder nicht oder erkennbar widerwillig begrüßt,

sie drehten sich weg, taten, als ob sie uns nicht gesehen hatten, vermieden den Handschlag und wenn sie ihn nicht vermeiden konnten, verweigerten sie den Augenkontakt. Von Gastgebern wurde meine Lebensgefährtin als meine „Begleitung“, „Mitstreiterin“ etc. vorgestellt, obwohl ich sie zuvor unmissverständlich als meine Lebensgefährtin eingeführt hatte.

Ohne meine Lebensgefährtin zu kennen, wurde auch immer wieder behauptet, dass sie die männliche Rolle in unserer Beziehung innehabe und dies mit der „Angst“ verbunden, dass sie deshalb die heimliche Geschäftsführerin der WMS sei. Einmal abgesehen davon, dass diese Rollenzuschreibungen in Mann und Frau in homosexuellen Beziehungen Vorurteile von vor-vorgestern sind, einmal abgesehen davon, dass nicht einmal mehr heterosexuelle Beziehungen noch in solchen Rollenbildern funktionieren, wurde zum einen meiner Lebensgefährtin ihre weibliche Identität und zum anderen mir – als dem vermeintlich weiblichen Part - die Fähigkeit zur Geschäftsführung abgesprochen.

Meine Lebensgefährtin musste sich sogar anhören, dass sie leider ein zu breites, slawisches Gesicht habe und andere Ratsmitglieder das noch strenger beurteilten. So entstand bei meiner Lebensgefährtin der Eindruck, dass es eine inoffizielle Prüfung zur Aufnahme in die sog. Soester Stadtgesellschaft gegeben haben musste, die sie nicht bestanden hatte, weil ihre Gesichtszüge nicht deutsch, nicht arisch genug sind. Ohne sich nach den Fakten erkundigt zu haben - Nachname und Gesichtszüge sind nicht slawisch, wurde mit dem Wort „slawisch“ gerade ein Begriff gewählt, der in der deutschen Geschichte so ungut mit dem Begriff des Untermenschen verbunden ist und damit eine Assoziationskette von Minderwertigkeit eröffnet.

Und das alles ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges, nur das, was uns ganz unbefangen gegenüber direkt geäußert wurde, wir mögen uns nicht vorstellen, was hinter unserem Rücken geredet wurde und wie wir noch heute verleumdet werden.

Insbesondere der Bürgermeister setzte den „Ton“ für den Umgang der Soester Politik mit mir und meiner Lebensgefährtin. Als ich ihm meine Lebensgefährtin auf einem Stadtfest erstmals vorstellte, drehte er ihr flagrant den Rücken zu, auf einem anderen Stadtfest begrüßte er ostentativ zufällig vorbeilaufende Passanten, meine Lebensgefährtin aber nicht und er brachte es über meine gesamte Amtszeit hinweg nicht ein einziges Mal über sich, Smalltalk mit meiner Lebensgefährtin zu machen, nicht einmal bei Mittagessen, bei denen man sich direkt gegenüber saß.

Ein Ratsmitglied sagte mir kurz vor der Nichtwiederwahl, dass es ihr das Herz gebrochen habe, wenn sie gesehen habe, wie bei öffentlichen Veranstaltungen mit uns umgegangen worden sei, sie schäme sich für ihre Ratskollegen und -kolleginnen. SPD-Aufsichtsratsmitglieder rechtfertigten, dass sie mich nicht wiederwählten, damit, dass sie mich nur so schützen könnten, „sonst würde man mich kaputt machen“. Reihenweise wurde mir berichtet, dass die einzige andere Frau in einer Führungsposition in der mehr als 20jährigen Amtszeit des Bürgermeisters durch Mobbing zum Verzicht auf ihre Nichtwiederwahl gedrängt worden war. Und ein langjähriger, wohlwollender Wegbegleiter des Bürgermeisters, ein konservativer Mann sagte mir, dass er keinen Zweifel daran habe, dass meine Nichtwiederwahl darin begründet sei, dass der Bürgermeister mit Frauen in Führungspositionen nicht umgehen könne und/ oder wolle. Wörtlich sagte er: „Er hat da leider eine Mache.“



Am Tag nach meinem inkriminierten Interview hieß es im Soester Anzeiger:

„So versicherten sowohl WMS-Mitarbeiter, als auch Hänsch [damals AR-Vorsitzender], dass solche Vorwürfe „kein einziges Mal thematisiert worden seien.“

Das war eine falsche Tatsachenbehauptung!

Andre Hänsch räumte später selbst ein: Prof. Dr. Dobberstein hat „gelegentlich angedeutet, dass ihre [...] Lebensgefährtin nicht akzeptiert werde. Homophobie und Frauenfeindlichkeit sind dabei nie ein Thema gewesen.“

Aus der Tatsache, dass ich zwar die homophobe Diskriminierung geschildert, das Wort „Homophobie“ aber nicht gebraucht hätte, abzuleiten, dass ich niemals über Homophobie gesprochen hätte, ist eine nachgerade kabarettreife Argumentation.

Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, warum diese Frage überhaupt zum wesentlichen Thema der Berichterstattung wurde. Denn selbst wenn ich das Thema nie angesprochen hätte, ob mit oder ohne dem entsprechenden Terminus Technicus, dann wäre dies ja kein Beweis dafür, dass es Homophobie nicht gegeben hat. Aber wenn es schon wichtig war, ob ich das Thema "Homophobie" angesprochen hatte oder nicht, dann war es eine Lüge zu behaupten, ich hätte das nie getan.

Tatsächlich gibt es sogar mehrere Schriftstücke, die beweisen, dass meine Lebensgefährtin und ich sehr wohl mehrfach darüber gesprochen haben, wie belastend das Verhalten der Soester Politik war.

So hatte ich kurz vor der Nichtwiederwahl die Ratsmitglieder in einem Schreiben vom 2.6.2020 bereits gefragt: *„Mit großem Belastungseifer wird offenbar nach Gründen gesucht, wie trotz meiner herausragenden Leistungsbilanz meine Nichtwiederwahl begründet werden kann, zunächst mit dem vorgeschobenen Argument, dass ich meine Mitarbeiter*innen schlecht behandle, nun mit einer handfesten Verleumdung. Mir läuft es kalt den Rücken herunter, mit welcher Brutalität offenbar versucht wird, mir alles zu nehmen – meine Karriere, meine Existenz und auch mein Heim. Ich bitte diejenigen, die sich daran beteiligen,*

sich noch einmal selbst zu hinterfragen, warum Sie so dringend einen Grund suchen und was der wahre Grund ist, warum Sie mich nicht wiederwählen wollen. Könnte es sein, dass der wahre Grund in meinem Geschlecht, meiner sexuellen Orientierung und/ oder meiner Herkunft aus urbanen Milieus begründet ist?“

Nach eigenen Angaben kannte der Soester Anzeiger jedes meiner Schreiben an den (Aufsichts)Rat und wusste deshalb wahrscheinlich auch von diesem Schreiben.

Im Übrigen legt nun der Bürgermeister selbst folgende Email vor, die ich am 13.12.2019 an Achim Kienbaum vom Soester Anzeiger geschickt hatte und die CC an den Bürgermeister ging:

"Sehr geehrter Herr Kienbaum,

Meine Lebensgefährtin und ich leben unsere Beziehung offen und ich nehme sie auf jede Veranstaltung mit, auf der es möglich ist, seinen Partner mitzubringen, aber auch nach 3 Jahren ignorieren weite Teile der Soester*innen unsere Beziehung, versuchen meine Lebensgefährtin unsichtbar zu machen.

Viele geben ihr nicht die Hand oder wenn sie das gar nicht vermeiden können, sehen sie ihr dabei nicht in die Augen, auf Veranstaltungen wird sie fast immer als meine „Begleiterin“ vorgestellt, obwohl ich sie dem Gastgeber klar als meine Lebensgefährtin vorgestellt habe.

Ihr Artikel ist nun die Krönung dieses Unsichtbarmachens. Meine Lebensgefährtin ist alles, aber keine Lippstädterin [in meiner Pressemitteilung hatte ich von „meiner Lebensgefährtin“ gesprochen, im Artikel hatte Kienbaum dies durch „eine Lippstädterin“ ersetzt]. Sie versucht, mit mir hier zu leben und unser Lebensmittelpunkt ist Soest, auch wenn wir in meinem Elternhaus in Lippstadt wohnen. Wir haben nicht einmal soziale Kontakte zu Lippstädtern, schon insoweit ist Ihr Artikel falsch. Aber vor allem ist sie meine Lebensgefährtin und nicht eine x-beliebige Lippstädterin.

Während mich noch das Amt schützt und die Soester gezwungen sind, mit mir umzugehen, trifft die ganze Homophobie meine Lebensgefährtin. Ich mache mir sehr große Sorgen um meine Lebensgefährtin, denn das kann niemand aushalten.

Ich lege Ihnen einmal einen Leitfaden bei, wie Schwule und Lesben sich die Berichterstattung über sie wünschen. Auf S. 6 und 7 steht, dass sie sich insbesondere eine ganz selbstverständliche Berichterstattung und Erwähnung des Partners wünschen."

Auch diese Email beweist, dass es eine falsche Tatsachenbehauptung des damaligen Aufsichtsratsvorsitzen war, zu behaupten, ich hätte nie über Homophobie gesprochen. Achim Kienbaum, Redakteur des Soester Anzeigers, war es, der diese falsche Tatsachenbehauptung zur zentralen Aussage seiner Berichterstattung am Tag nach dem inkriminierten Interview gemacht hatte. Dabei hatte ich doch nur wenige Monate vorher eine nachweisbare Auseinandersetzung sogar mit ihm selbst, weil auch er sich homophob verhalten hatte. Die Chefredakteurin des Soester Anzeigers Gökcen Stenzel, die die Email an Kienbaum ebenso wie der Bürgermeister in cc erhalten hatte, räumte übrigens sofort ein, dass sie meinen Ärger verstehe und ließ zumindest die Online-Ausgabe des Beitrages entsprechend ändern.

Der Bürgermeister lässt diese Email übrigens als Beweis dafür vorlegen, dass sich meine Homophobievorwürfe nur auf meine Lebensgefährtin und nicht auf mich selbst bezogen hätten. Dies aber habe keine Relevanz für das Geschäftsführerstellungsverhältnis.

Das ist Unsinn. Natürlich betraf die Unsichtbarmachung der Paarbeziehung auch mich, schließlich bin ich Teil des Paares. Aber selbst wenn es richtig wäre, dass „nur“ meine Lebensgefährtin ausgegrenzt wurde, ich aber nicht, dann hatte dies natürlich auch

Auswirkungen auf mich. Die (Aufsichts)Ratsmitglieder mögen sich doch bitte einmal vorstellen, ob es sie unberührt ließe, wenn sie eine Veranstaltung gemeinsam mit ihrem Partner/ ihrer Partnerin beträten und Menschen sich sichtbar wegdrehten, wenn sie selbst ihren Traumjob hätten, aber ihr Partner/ ihre Partnerin die Region unbedingt verlassen möchte und wenn einerseits erheblicher Druck auf sie ausgeübt würde, nach Soest zu ziehen, aber andererseits die Partnerin ostentativ unwillkommen wäre.

Die Einlassung des Aufsichtsrates der WMS, dass die Ausgrenzung meiner Lebensgefährtin im Verhältnis zur mir unbeachtlich sei, ist im Übrigen vor dem Hintergrund zu bewerten, dass der Aufsichtsrat der WMS vom jeweiligen Geschäftsführer fordert, dieser solle die Position nicht als Aufgabe, sondern als Berufung verstehen, sich 100-prozentig identifizieren, überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft mitbringen und Mitglied der Stadtgesellschaft werden. Und dennoch findet der Aufsichtsrat der WMS es unerheblich, wenn die Politik die langjährige Lebensgefährtin der Geschäftsführerin so ausgrenzt, dass diese die Region unbedingt verlassen will.

Aber einmal jenseits jeder rechtlichen Verpflichtung: Wäre es nicht ein Zeichen eines tatsächlich gelebten christlichen Menschenbildes, von Empathie und Respekt und nicht zuletzt von einem wertschätzenden Umgang mit mir gewesen, wenn der Bürgermeister mich spätestens nach der Email an Kienbaum kontaktiert und mir angeboten hätte, sich auf der nächsten öffentlichen Veranstaltung mit mir und meiner Lebensgefährtin zu zeigen und meine Lebensgefährtin als solche vorzustellen? Das hätte vielleicht nicht alles, aber doch so vieles grundlegend geändert, weil er damit auch anderen Politikern und Politikerinnen signalisiert hätte, dass es opportun ist, die Paarbeziehung zu respektieren. Er aber tat NICHTS.

PS: Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser Zusammenstellung ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.